

Bezugspreis:

Für den Monat September 200. — M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Grenz- und Memelgebiet, sowie Österreich und Luxemburg 248. — M., für das übrige Ausland 282. — M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wolk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Grünewelt“ und der Beilage „Gledung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Remontierung des 40. — M. (Zeitungsteil 189. — M. „kleine Anzeigen“ das selbgedruckte Wort 12. — M. (auflässig zwei selbgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10. — M. (Stellenangebote und Schloßbestellungen das erste Wort 7. — M., jedes weitere Wort 5. — M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 15. — M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrichelt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
und 2506-2507

Mittwoch, den 13. September 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptgeschäfts n. Inseraten-Abteilung: D o n h o f f 2506 - 2507

Das belgische Rätsel.

Die belgische Regierung stellt Deutschland augenblicklich einigermassen vor ein Rätsel. Auf der einen Seite legt man nach allen Informationen, die aus Brüssel vorliegen, in Belgien Wert darauf, die Verhandlungen mit Deutschland nicht als abgebrochen gelten zu lassen, auf der anderen Seite überrascht man gestern den deutschen Gesandten in Brüssel mit einer mündlichen Mitteilung, die nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen in Deutschland nur lebhaftes Verwundern hervorrufen kann. Die Situation ist um so eigenartiger, als von einer schriftlichen Formulierung der belgischen Vorschläge oder Forderungen — man weiß nicht recht, wie Belgien die Mitteilung aufgefaßt zu sehen wünscht — zur Stunde noch nichts bekannt ist.

Nun ist ohne weiteres klar, daß die deutsche Regierung auf Grund der mündlichen Mitteilung eine Entscheidung nicht zu treffen vermag. Es ist weder geschäftlicher, noch diplomatischer Brauch, bei Fragen von einer derartigen Bedeutung sich mit mündlichen Forderungen zu begnügen. Ohne schriftliche Unterlagen ist an eine Regelung, wie immer sie auch ausfallen mag, jedenfalls nicht zu denken. Gerade die Formulierung eines Dokuments kann bei Anlässen wie dem vorliegenden von ausschlaggebender Bedeutung sein. Es ist denkbar, daß das belgische Ansinnen, das in der kurzen Fassung der „Agence Belge“ fast die Geste hat, als wolle man auf der Gegenseite abschließlich die Türe schließen, in anderer Form und in mancher Hinsicht ergänzt für Deutschland nicht ganz un diskutabel ist.

Allerdings muß es auf deutscher Seite auf das lebhafteste bedauert werden, daß die Veröffentlichung der „Agence Belge“ — vielleicht ungewollt — das Ansehen eines unfreundlichen Aktes gegen Deutschland hat. Gerade Belgien hatte sich der Einsicht nicht verschlossen, daß alles verhindert werden muß, was die deutsche Währung aufs neue gefährdet. Die unklare Formulierung, mit der die deutschen Vorschläge beantwortet wurde, hat aber der Welt einen neuen empfindlichen Stoß verleiht. Wie entsteht man auch englischerseits über die möglichen Folgen eines Konflikts, zeigen die Pressestimmen, die bislang vorliegen. In der Tat könnte es keine der Parteien verantworten, wenn es wegen der Dedung der 100 Millionen Goldmarktscheine, über deren Notwendigkeit an und für sich keine Meinungsverschiedenheit besteht, zu weiteren Krisen auf dem Währungsmarkte käme, die in ihrem Endeffekt bei weitem größere Verluste bedeuteten als die Summen, um deren Dedung es sich handelt. In Brüssel darf man versichert sein, daß man in Deutschland den Unterschied

zwischen einem vom Recht und vom internationalen Ansehen getragenen Belgien und einem durch Poincarés Politik isolierten Frankreich sehr wohl zu schätzen weiß, aber gerade deshalb sollte man von unserer Seite nicht Maßnahmen verlangen, die sich mit einem ehrlichen Geschäftsgebahren nicht vereinbaren lassen. Es wird deshalb gut sein, wenn man dort abwartet, welche Aussichten die Reise der deutschen Vertreter nach Paris bringt, ehe man eine endgültige Entscheidung verlangt.

Englisch-holländische Intervention!

London, 13. September. (WIB.) Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet, in Paris erhalte sich hartnäckig das Gerücht, daß Vertreter britischer und holländischer Banken sich vielleicht nach Paris begeben werden, um mit der Reparationskommission zu beraten, wie man einen Weg zur Umwandlung der deutschen Schuld an Belgien in eine mehr kommerzielle Form finden könne.

London, 13. September. (WIB.) Times berichtet, der Schatzkanzler hoffe, eine Abordnung des Verbandes der britischen Handelskammern Ende des Monats empfangen zu können, um mit ihnen die Frage der deutschen Reparationen zu erörtern. Times weist darauf hin, daß in der letzten Sitzung der Konferenz am 19. Juli eine Entschliebung angenommen wurde, in der es sich um eine Besserung im Handel mit Mitteleuropa handle, bevor eine endgültige Grundlage für die Reparationen mit den Alliierten vereinbart sei.

Die Beurteilung in England.

London, 13. September. (WIB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt zu dem Beschluß der belgischen Regierung, die Forderung, daß Deutschland sechsmonatliche Schatzscheine geben und eine Goldreserve deponieren solle, sei gleichbedeutend mit überhaupt keiner Atempause; im Gegenteil, es werde auf einer Zahlung von freien Deutschlands beklagen in einer Form, die für Deutschland selbst drückend sei und keine finanzielle Stabilität aufs höchste schädige. Wenn wie wahrscheinlich, Deutschland seine Unfähigkeit erkläre, die belgischen Forderungen zu erfüllen, so müsse die Angelegenheit an die Reparationskommission zurückverwiesen werden. Wenn die Kommission den vorsächlichen Verzug erkläre, so werde es Sache der Alliierten sein, zu entscheiden, welche Sanktionen erzwungen werden sollen, kurz, die Krisis, die man für überwunden hielt, sei wieder da, es sei jedoch noch zu früh für Pessimismus, es könne immer noch ein Ausweg gefunden werden.

die Republikaner 20 000 Stimmen weniger, jedoch sind die republikanischen Mitglieder des Repräsentantenhauses wiedergewählt worden.

Alliierten-Note an Kemal.

London, 13. September. (WIB.) „Daily Mail“ meldet, daß die Alliierten der türkischen nationalistischen Regierung eine Note überhandt haben, in der die Warnung wiederholt wird, daß jedem Versuch der Türken, in Thrakien einzudringen, Widerstand entgegengesetzt werden würde.

Reuter zufolge entbehrt die Belgrader Meldung, wonach die Befandten Englands und Griechenlands in Bukarest und in Belgrad bei den Regierungen von Rumänien und Jugoslawien Vorstellungen erhoben und ersucht haben sollen, in dem griechisch-türkischen Konflikt zu intermedieren, jeder Begründung.

Dollar: 1600.

Die Wendung in den deutsch-belgischen Verhandlungen, die der Börse bereits gestern bekannt war, hat nur eine verhältnismäßig geringe Steigerung der Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln zur Folge gehabt. Einer Befestigung der Devisen wirken noch immer die starken Verkäufe der Industrie und des Handels entgegen. Besonders die westdeutsche Industrie sucht sich deutsche Zahlungsmittel dadurch zu verschaffen, daß sie an den in- und ausländischen Börsen Devisen verkauft, um ihre Lohnzahlungen nach Möglichkeit leisten zu können. Dieses Angebot wirkt naturgemäß der Ungunst der politischen Verhältnisse börsentechnisch entgegen. Um die Mittagsstunde wurde heute der Dollar mit 1600 gehandelt. An den Effektenmärkten liegt das Geschäft völlig daneben. Spekulation und Publikum nehmen noch weitere Abgaben vor. Es verkauft sich, daß die Banken die Konten ihrer Kunden einer scharfen Durchsicht unterziehen und die schwächeren Elemente zum Verkauf veranlassen. Selbst Valutapapiere vermögen von der Erhöhung der Devisenkurse keine nennenswerten Vorteile zu ziehen. Verstimmt werden an der Börse auch die immer zahlreicher einlaufenden Nachrichten über Betriebsbeschränkungen, Arbeitszeitverkürzungen und Arbeiterentlassungen in der Industrie.

Kurstabelle dritte Seite.

Die geistige Not.

Es gibt keine einzige Zeitung in Deutschland, in der man nicht dieser Tage warnende und beschwörende Artikel über die Not der Presse hätte lesen können. Und doch wurde dies Problem unter einem einseitigen Gesichtswinkel behandelt, nämlich vom Standpunkt der notleidenden Verlage aus, mochten diese Privatunternehmen oder genossenschaftliche Parteiunternehmen sein. Die Zeitungsnot aber hat noch ein ganz anderes Gesicht. Mit der Zeitung hängt die wirtschaftliche Existenz eines großen Teiles unserer geistigen Arbeiter zusammen. Mehrere tausend Menschen, die literarisch, künstlerisch oder wissenschaftlich arbeiten, können sich in dieser Tätigkeit nur dadurch halten, daß sie die Ergebnisse ihres Schaffens in der Tagespresse oder in Zeitschriften gegen Honorar veröffentlichen.

Diese Möglichkeit wird immer geringer. Nicht nur, weil eine Zeitschrift nach der anderen, eine Zeitung nach der anderen ihr Erscheinen einstellt, sondern weil die Not der Presse, soweit es geht, vielfach auf die geistigen Mitarbeiter, als die wirtschaftlich Schwächsten im Zeitungsproduktionsprozess, abgewälzt wird. Während die Papierpreise auf das Siebenhundertfache des Friedenspreises emporgeschossen sind, gibt es geistige Arbeiter, die noch nicht das Siebenhundertfache ihres Friedenshonorars erhalten. Es soll sogar wissenschaftliche Zeitschriften geben, die ihren Mitarbeitern heute noch die Friedenssätze in Papiermark auszahlen.

Es finden sich gewiß auch geistige Arbeiter, denen es gut geht. Aber leider sind dies durchaus nicht immer die wertvollsten. Soeben konnte man lesen, daß der Verfasser eines ersten, künstlerisch tief empfundenen Dramas wegen Mangel an Geldmitteln nicht zur Erstaufführung seines Stückes reisen konnte. Hätte der Mann statt wertvoller Literatur leichte Operetten mit banalen „Schönern“ geschrieben, so wäre ihm das sicher nicht passiert. Mit Cassenhauern vom Schlage „Daß sie wandern“ kann heute noch ein sogenannter Dichter seine Existenz fristen. Ein aus dem Innern schaffender Dichter muß heute glatt verhungern.

Das ist die trostlose Folgeerscheinung der allgemeinen Teuerung auf geistigem Gebiet, daß nur noch das ganz Banale, Banale, Unkünstlerische „rentabel“ ist. Nach der Schablone gearbeitete Unterhaltungsromane, sentimentaler Kitsch, Film-„Dichtungen“ usw. „gehen“ immer noch, die Verfasser erster Bücher werden von ihren Verlegern auf spätere Zeiten vertröspelt. Die Herausgabe wissenschaftlicher Werke ist fast gänzlich ins Stocken geraten.

Auf keinem geistigen Gebiete ist es anders. Maler bekommen für ihre Gemälde kaum noch so viel, wie Leinwand und Farbe kosten. Wollen sie ihre Existenz fristen, so müssen sie Kinoplate oder Kellamezeichnungen entwerfen. Ihr künstlerisches Schaffen wird bestenfalls „Nebenberuf“. Wir erleben in den letzten Jahrzehnten ein Ansteigen der künstlerischen Architektur. Heute wird der Architekt immer mehr identisch mit dem Grundstücksvermittler oder Häuerverwalter, denn von künstlerischen Entwürfen kann er bei der geringen Bautätigkeit nicht leben.

Den wissenschaftlichen Arbeitern fehlen die Mittel, um sich die notwendigen Instrumente und Apparate anzuschaffen. Ebenso wird das Halten der Fachliteratur immer kostspieliger, selbst in den öffentlichen Bibliotheken und Sammlungen stirbt sie bedenklich aus. Theoretisch wissenschaftliche Arbeit, die sich nicht sofort in den Dienst der Praxis umsetzen läßt, findet keine Bezahlung mehr, die auch nur ein bescheidenes Lebensauskommen für den ermöglicht, der sie leistet. In hellen Häusern geben Wissenschaftler, Intellektuelle usw. ihren bisherigen Beruf auf, der ihnen keine Existenz mehr bietet, man findet sie in Banken, Fabrikkontoren usw. als Angestellte wieder.

Nun mag es vielleicht kurzfristige Leute geben, die meinen, daß es sehr gut ist, wenn auf diese Weise noch ein paar tausend Leute mehr der unmittelbaren praktischen Arbeit zugeführt werden. Ein ungeheurer Fehlschluß! Denn wie die gesamte industrielle und wirtschaftliche Tätigkeit, wie Elektrizitätswerte und chemische Fabriken ohne die selbstlose Arbeit mehrerer Generationen theoretischer Wissenschaftler nicht denkbar wären, so wird auch die zukünftige Entwicklung davon abhängig sein, daß diese Arbeit ununterbrochen fortgesetzt und gesteigert wird. Die Zeitgenossen Galvani haben es wahrscheinlich für eine sehr überflüssige Spielerei betrachtet, daß dieser Mann den Zukunften eines Trostschenkels auf den Grund zu kommen suchte, der mit einem sich zufällig bildenden elektrischen Element in Verbindung kam. Aber ohne diesen Galvani gäbe es heute keine AEG, keinen Siemens-Konzern, kein Telefon, keinen Telegraphen. Es hat oft Jahrzehnte, selbst Jahrhunderte gedauert, ehe Entdeckungen auf dem Gebiet der Physik, der Astronomie, der Chemie usw. praktisch-wirtschaftliche Resultate zur Folge hatten, aber dann waren diese auch oft von der u n g e h e r l i c h e n Wirkung.

Wenn also jetzt ein paar tausend Wissenschaftler in irgendwelche praktische Dudenberufe übergehen, Sekretäre, Schreibmaschinisten oder Buchhalter werden, so bedeutet das in Wirklichkeit: für ein ganz bescheidenes Gegenwartskapital

ADSB. und französischer Wiederaufbau.

Durch die Presse sind in den letzten Tagen eine ganze Anzahl von Pariser Telegrammen gegangen, daß die Vorschläge der Gewerkschaften für den Wiederaufbau angenommen seien und daß danach mit einer wesentlichen Teilnahme der deutschen Gewerkschaften am Wiederaufbau zu rechnen sei.

Wie die ADGB vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erfahren, ist diesem von solchen Entscheidungen außer den Pressemeldungen nichts bekannt. Es konnte sich bei den erwähnten Vorschlägen der Gewerkschaften für den Wiederaufbau Nordfrankreichs nur um Vorschläge handeln, die zu Beginn dieses Jahres von den deutschen Gewerkschaften, insbesondere den Technikern und Bauarbeitern, für den Wiederaufbau von 11 Dörfern im zerstörten Gebiet Nordfrankreichs gemacht worden sind, Vorschläge, deren Durchführung bisher an der nationalistischen Hege gescheitert ist. Es wäre möglich, daß die französischen Organisationen, mit denen zusammen die Projekte damals ausgearbeitet wurden, also insbesondere der Bund der Architekten und Angestellten des Baugewerbes, jetzt den Vertrag Stinnes-Lubersac benutzt hätten, um einen neuen Druck auf die französischen Instanzen für Annahme der Gewerkschaftsvorschläge auszuüben.

Englands Schuldzahlung.

London, 12. September. (WIB.) Reuter meldet aus Washington, auf dem amerikanischen Schahamt sei mitgeteilt worden, daß Großbritannien wahrscheinlich mit der Bezahlung der Zinsen seiner Kriegsschuld an die Vereinigten Staaten nicht beginnen werde, bevor Vorkerkungen getroffen werden für die Fundierung der englischen Verpflichtungen an die Vereinigten Staaten in Höhe von 12 Milliarden Dollar.

Vorwahlen in Amerika.

Vorstand, 13. September. (WIB.) Gestern fanden im Staate Maine die Wahlen für den Kongreß der Vereinigten Staaten statt, die den allgemeinen Wahlen stets um zwei Monate vorausgehen pflegen, und deren Ergebnis stets als Vorzeichen für die Ergebnisse der allgemeinen Wahlen angesehen wird. Das Ergebnis liegt aus dreiviertel des Staates vor. Die Demokraten haben 5000 Stimmen mehr erhalten als 1920,

wird ein millionenfaches Zukunftskapital preisgegeben. Der hungrige Frau, der für ein Linsengericht seine Erstgeburt verkauft, erscheint gegen diesen Tausch noch weise und ökonomisch handelnd.

Auch die Arbeiterklasse hat keinerlei Ursache, der Verknüpfung der geistigen Arbeit interessellos gegenüberzutreten. Bietet doch die geistige Arbeit ein ungeheures Triebfeld der ökonomischen Entwicklung, von deren Fortschreiten die Arbeiterklasse ihre Befreiung erwartet. Gewiß, die Arbeiterklasse hat eigene sehr naheliegende Sorgen. Sie selbst wird von der Leuerung fürchtbar betroffen. Gegenüber der Frage, ob morgen noch der Lohn zu Brot und Kartoffeln reichen wird, erscheint es vielen als recht belanglose Gedanken-spielerei, wie sich der jegliche Ausfall an geistiger Arbeit in zehn oder dreißig Jahren rächen wird. Aber doch hängen selbst Brot und Kartoffeln auf das engste mit der Wissenschaft zusammen. Erst die wissenschaftliche Erforschung der Wachstumsvorgänge hat den rationalen Ackerbau, erst die wissenschaftliche Chemie die künstliche Düngerbereitung ermöglicht. Die Wissenschaft hat den Ertrag des Aekers vervielfacht und wird wahrscheinlich noch weitere unbekannte Methoden entdecken, ihn zu vermehren.

Man darf sich auch der Hilfeleistung nicht verschließen, weil vielfach Vertreter geistiger Berufe als ausgesprochene Reaktionsäre in die Öffentlichkeit treten. Meist sind es nicht die Besten. Der typische Wissenschaftler und Künstler lebt in erster Linie seiner Wissenschaft, seiner Kunst. Er ist um Wesensgründe ein soziales Geschöpf, weil er sachliche Ziele für die Allgemeinheit über seine egoistischen Interessen stellt. Daß viele heute durch materielle Sorgen verblüdet sind, daß diesen weltfremden Naturen, die sich früher wenig um die Öffentlichkeit gekümmert haben, vielfach die politische Einsicht abgeht, um die wirklichen Ursachen des Elends zu erkennen, sollte man nicht allzu tragisch nehmen. Diese Verblüdung wird um so schneller verfliegen, je mehr der gute Wille der Republik sichtbar wird, der geistigen Arbeit einschläft.

Aber dieser gute Wille, der sicher vorhanden ist, soll nicht nur Wille bleiben, sondern Tat werden. Das Finanzjudentum des Reiches und der Länder darf nicht dazu führen, daß man der Vernichtung eines unserer wertvollsten Zukunftskapitalien tatenlos zusieht. Die geistige Arbeit ist — ert, ungeheurer Zukunftswert, der unersetzbar verloren geht, wenn die geistige Arbeit einschläft.

Man glaube auch nicht, daß nach einer mehrjährigen Pause einfach wieder dort angefangen werden kann, wo vor dem Aufbruch wurde. Forschung, Wissenschaft und Kunst beruhen auf einer von Generation zu Generation in stetem Fluß sich vererbenden Tradition. Reicht diese Tradition einmal ab, so ist ein Wiederaufbau ungeheurer Schwierigkeit. In diesem Zusammenhang verdient auch ein Notizschrei des Junglehre-Ausschusses für 30 000 stellungslöse Junglehrer ernsthafte Beachtung. Auch das einfachste Wissen muß ständig an die kommende Generation weitergeleitet werden. Die Kräfte, die dies zu besorgen haben, sind einer der wichtigsten Faktoren unserer Volkswirtschaft.

Die Republik ist gewiß nicht schuld an den heutigen Zuständen, in die uns das alte System hineingerissen hat. Aber es ist ihre höchste Aufgabe, aus dem Zusammenbruch die besten Volksträfte zu retten, vor allem das einzige Gut zu wahren, das uns erhalten geblieben ist: die deutsche Kultur und die deutsche Arbeit. Man beherrsche die schönen Strophen Freiligraths, der die „Stirn voll Schweiß und die Hand voll Schwielens“ besingt, aber hinzufügt:

... doch auch dessen,
der mit Schädel und mit Hirn
hungernd pflügt, sei nicht vergessen.

Allein im Süden der Provinz Hannover hat die Papiernot dieser Tage wieder sieben Zeitungsopter erfordert. Sieben bisher täglich erscheinende Blätter können nur noch dreimal wöchentlich erscheinen.

Wilhelm Schmidtbonn: „Der Geschlagene“.

Der Dichter der „Ritter Landstraße“ und des „Grafen von Gleichen“ verläßt sich hier in seinem neuen Drama (im Theater in der Kommandantenstraße) in eine etwas spintierende Psychologie. Die Personen erscheinen mehr als Sprachrohre von Gedankenentwürfungen denn als lebendige Menschen, in deren Schicksal uns eine innere notwendige Entwicklung entgegentritt. Ein Erblindeter ist Hauptfigur: ein junger Mann, der nur von großen Taten weit ab von allem Alltagsstreben träumte. Als ein Flieger zog er in den Krieg und, ohnmächtiger, wehrloser als ein Kind, mit erloschenem Augenlicht kehrt er, von der Krankenschwester geleitet, in sein Heim zurück. Aus der treuen Liebe seiner Mutter und Frau und des jüngeren Bruders herzlichen Willkommensgruß jagt seine Verzweiflung nur neue Bitternisse. Die Vorstellung, bemitleidet zu werden, des Mittels zu bedürfen, verdoppelt seine Qual. Kann eine Frau wie seine, verschwenderisch begabt mit Schönheit, ein so entstelltes Wesen wirklich noch lieben? Beträgt sie nicht, wenn sie so redet, ihn und sich selbst? Aus dem dunklen Brüten wächst giftig-giftiger Argwohn. Kleine unscheinbare Zeichen verwandeln sich für ihn in die Gewißheit, daß die Frau ihn bereits mit seinem eigenen Bruder betrogen habe. Raufschützig hemmungslos bricht seine Anklage hervor. Das Mitleid, das der Zuschauer zunächst für ihn empfunden, verfliehet unter dem Eindruck dieser halligen psychologischen Verblendung.

Und doch, — so will's der Autor, soll dieser Argwohn, wenn er die Wahrheit auch verkennt, in gewissem Umfang recht behalten. Die Warnung eines Leidensgenossen, eines blind geborenen Seligenspieters: man soll nicht wissen wollen, erschüttert ihn, doch ohne ihn zu heilen, und leitet zu dem Umschwung über. Beide, Frau und Bruder, haben die Anschuldigung in einer Art, die keinen Zweifel zuläßt, zurückgewiesen. Dann aber entrollt sich eine merkwürdige Vorgeschichte im Selbstbekenntnis. Der Bruder war von mächtiger Leidenschaft erfüllt, hatte glühend um die Schwägerin geworben. Und sie hat ihn, wenn schon es nicht zum Ehebruch gekommen, nicht einfach von sich gestoßen. Aber nur darum — erklärt sie —, weil in des Bruders Aussehen, Gang und Haltung ein Abglanz und Schimmer ihres eigenen Geistes lag. Ihre Gefühle, die treulos scheinen konnten, entpflanzten sich damals nur der Sehnsucht nach dem Mann, dem sie sich zugeschworen und der, ewig in Pläne seines Ehrgeizes verstrickt, sie kaum beachtet habe. Bei dem Anderen habe sie Empfindungen gefunden, die ihr der Gotte stets versagte. Besämt und beglückt erkennt der Blinde jetzt sein Unrecht. Ein erster Strahl tiefen Dankes und neuer Hoffnung fällt in seinen trüben Geist. Man hört die Volkstöne, indes der Hörer bringt's bei der verzweigten Prosodie zu keinem rechten Glauben.

Die Aufführung unter Clemens Schubert's geschickter Regie war sorgsam durchgeführt. Das Bild des blau durchschimmten Himmels

Parteischuß für Rathenau-Mörder. Die Völkischen als Belegung der Deutschnationalen Volkspartei.

Nach der Ermordung Rathenaus sah es kurze Zeit so aus, als ob die Deutschnationale Volkspartei unter dem Druck ihrer anständigen Anhänger geneigt sei, die deutschvölkischen Nordheher von sich abzuschütteln. Jene Zeiten sind längst vorbei. Die deutschnationale Parteileitung kann und mag die „zugkräftigen“ Elemente nicht entbehren, deswegen müssen sich die faulernen Elemente die Mischung eben gefallen lassen, im höheren Interesse der Hege gegen die Republik.

Die Begründung für diese Haltung geht in der folgenden Form durch die konservative Presse:

Am 12. September fand unter dem Vorsitz des Landrats a. D. v. Hendeband in Berlin eine Sitzung des Engeren Vorstandes der Deutschnationalen Partei statt, bei der neben inneren Angelegenheiten auch die Stellungnahme der Partei gegenüber der völkischen Bewegung eingehend besprochen wurde.

Man war sich darüber einig, daß es eine unbedingte politische Notwendigkeit sei, im Hinblick auf die großen Schwierigkeiten der inneren und äußeren Lage des Vaterlandes die Geschlossenheit und den Zusammenhalt der rechts gerichteten Gliederungen mit allen Kräften hoch zu halten und vor Trübung durch Schürfen und Herabhebung von Gegensätzen zu bewahren. Deshalb kann auch von einer Lockerung der Beziehungen der Konservativen Partei zu der völkischen Bewegung, mit der sie durch grundsätzliche Auffassungen und Ziele verbunden ist, wie die Verhältnisse liegen, keine Rede sein, wenn auch eine Identifizierung zurzeit nicht in Frage kommt.

Es muß vielmehr eine Verständigung über vorliegende Meinungsverschiedenheiten angestrebt und auf freundschaftlicher Grundlage behandelt werden. Dabei muß vor allem auch eine Einigung der verschiedenen völkischen Richtungen zu einer gemeinsamen Organisation als bedeutsam und erwünscht betrachtet werden. Konservativ und völkische Elemente müssen die Zusammenarbeit in der Deutschnationalen Volkspartei aufrechterhalten und sich gegenseitig ergänzen und befeuern, getragen von dem gemeinsamen Wunsch, unser krankes Vaterland auf gesunder innerer und äußerer Neugestaltung wieder aufzubauen.

Daraus geht hervor, daß hinter den Kulissen mit aller Energie gegen die Reinigung der Deutschnationalen Volkspartei gearbeitet worden ist. Der Kontakt mit den Nordheheren und Vergeltungsschreibern soll sogar „mit allen Kräften hochgehalten“ werden. Dazu kommt das Bemühen um die Einigung der verschiedenen völkischen Hegepartien. Wenn sie alle gemeinsam den deutschnationalen Parteibetrieb „befeuern“, dann wird im besonderen draußen im Lande bald wieder etwas gefällig sein. Wer soll jetzt als Reichsfeind völkisch befudelt und zu Tode gehetzt werden?

Gegen beamtete Hakenkreuzler.

Gegen Beamte, die demonstrativ durch Hakenkreuze und ähnliche reaktionäre Abzeichen das Publikum provozieren, hat der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Genosse Hürsing, folgenden Erlass erlassen:

Der Oberpräsident, Magdeburg, den 21. 8. 22.
Nr. M 3261/22 H.

Von vielen Seiten wird bei mir Klage geführt, daß Beamte im Dienst teils monarchistische Abzeichen, teils solche aufgelöster Organisationen, teils von Parteien tragen, die nicht auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen.

Die Beamten geben dadurch ihren verfassungstreuen Mitarbeitern und auch dem republikanisch gesinnten Teil des Publikums, mit dem sie dienstlich zu verkehren haben, ein Vergernis.

Der Beamte, der Abzeichen einer auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik aufgelösten Vereinigung trägt, macht sich nach § 19 Absatz 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik strafbar.

Der Beamte, der Abzeichen von Parteien oder sonstigen Organisationen trägt, die nach ihren Satzungen oder ihrer Tendenz nicht auf dem Boden der Verfassung stehen oder die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staats- oder Regierungsform bekämpfen, wenn auch mit legalen Mitteln, verleiht damit die ihm als bestelltem Hüter der republikanischen Re-

gierung obliegenden Pflichten (Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes betr. die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten usw. vom 21. Juli 1922 und vom 4. August 1922).

Ich ersuche daher, Abzeichen obgenannter Art bei den mir unterstellten Beamten nicht mehr zu dulden.

Bestehenden Erlass ersuche ich, den Beamten des dortigen Bereichs in geeigneter Form bekanntzugeben. Die Herren Regierungspräsidenten wollen für strengste Durchführung des Erlasses Sorge tragen und mir über Zwischendhandlungen in jedem Einzelfalle berichten.

Die „Deutsche Zeitung“ ist über den Erlass sehr erbot. Wir bedauern allein, daß er einstweilen nur für die Provinz Sachsen gilt.

Die nationale Verleumderkloake.

Gesamt v. Gerlach als Kläger.

Die Reife des Schriftstellers von Gerlach nach Bosen und die daran geknüpften Erörterungen in der Presse waren Gegenstand einer Privatfrage, die von Gerlach gegen den verantwortlichen Redakteur des „Hannoverschen Kuriers“, Dr. Hartmann, vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg angestrengt hatte. In einem Artikel war von den unter den Bosenen Flüchtlingen turlierenden Gerüchten Notiz genommen worden, wonach sich von G. von den schlauen Völkern tüchtig habe unter Alkohol setzen lassen und gehörig eingeseift worden sei. In der Verhandlung betandete der von dem Kläger als Zeuge genannte Dr. Simmel, daß er mit von G. zusammen nach Bosen gefahren sei, mit ihm den ganzen Tag bei den Verhandlungen zusammengewesen und auch gemeinsam mit ihm zurückgefahren sei. Von G. habe überhaupt keine Gelegenheit zum Alkoholisieren gehabt. Der Beschlagte gab darauf die Erklärung ab, daß er, nachdem in öffentlicher Verhandlung festgestellt worden sei, daß an den Gerüchten kein wahres Wort sei, seine Behauptungen mit dem Ausdruck des Bedauerns und der Ueberrahme sämtlicher Kosten zurückziehe. Das Verfahren wurde darauf eingestellt.

Berliner USP. und Einigung.

Am Dienstagabend tagte in den Sophienböden die Generalversammlung der USP-Berlin. Krille begründete die Notwendigkeit der Einigung im Interesse des Proletariats. Er wies an Hand des Aktionsprogramms im einzelnen nach, daß es eine durchaus geeignete Grundlage für die Einigung bilde.

Rosenfeld nahm als Gegner der Einigung das Wort. Im Gegenjah zum Referenten, Genossen Krille, fand er mit seinen Ausführungen oftmals lebhaften Widerspruch und nur bei einem kleinen Teil der Versammlungsbesucher Beifall. Rosenfeld legte eine Resolution vor, die besagt, daß die Zeit für eine Einigung noch nicht gekommen sei. Von der Geschäftsleitung lag folgender Antrag vor:

Die außerordentliche Generalversammlung der USP-Berlin sieht im vorliegenden Aktionsprogramm eine geeignete Grundlage zur Schaffung einer Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Nach längerer Debatte wurde der Antrag der Geschäftsleitung mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Ledebour wird eingeladen.

Die Kommunisten möchten die Kister zusammenkehren, die nach der Einigung übrig bleiben. Sie lassen ihre jungen Leute Schalmieren blasen, ungefähr so:

Die USP verredet eitelndlich und an ihrem parasitischen Leichnam steht der Ledebour und wehklagt. Er hat jetzt zu zeigen, ob er über das Klagen hinaus den einzigen Schritt finden kann, der ihn vor dem Untergang in der SPD. oder in der Parteilosigkeit retten kann: den Uebertritt zur kommunistischen Partei.

Es ist ein schönes Bild: Ledebour besingt einen parasitischen Leichnam, dann wendet er sich, da sieht der Kommunismus schon bereit, den Reuigen an den Busen zu drücken. Aus dem Friedhof kommt er damit aber auch nicht heraus, nannte doch Ledebour die kommunistische Parteileitung vor nicht gar so langer Zeit eine Mörderzentrale.

Sitzung des preussischen Begrüßungsausschusses. Am Donnerstag nachmittag tritt der preussische Begrüßungsausschuß, dessen Vorsitzender der sozialdemokratische Abgeordnete Friedrich Rosenfeld ist, in seine heutige Arbeit ein. Dem Ausschuß liegen, wie die B.M. hören, über 100 Anträge vor; doch dürfte der Ausschuß für die größere Hälfte dieser Anträge nicht zuständig sein.

über dem Rheinübergel bot einen stimmungsvooll kontrastierenden Hintergrund. Sehr gut war auch Herr Schubert als Darsteller des Fliegers, dessen Trost und Gram er herbe wuchtige Erscheinung ließ. Edda Marxan fand für der jungen Gattin bewundernde Liebe innige Töne, die leider hier und da zum allzu leisen Flüstern wurden. Dem jüngeren, durch Herrn Lobe vertretenen Bruder gebrauch es an jedem näheren Verwandtschaftszuge mit der Gestalt des Fliegers, was den Glauben an die von der jungen Frau erzählte Liebesgeschichte noch mehr erschweren mußte. Diskretisierte Hanna Sann die gütige und verständige Mutter. dt.

„Wo ist denn das Schwänzchen hingelommen?“ Unter diesem Titel behandelt Prof. Wilhelm Freudenberg in der „Anschau“ den Verlust des menschlichen Schwanzes, von dem stummeförmige Reste mit oder ohne Wirbel im Innern des Beckens gefunden werden. „Es war viellecht“, meint er, „noch zur Cocanzzeit, im Anfang des Tertiärs, nach vorsichtiger Schätzung vor etwa 6 Millionen Jahren, ein unentbehrliches Redestück, dazu noch von größtem Nutzen, da sein Ueberdauern ohne dasselbe behend kletterten konnte.“ Nach Anschauung des Gelehrten hat der Mensch erst in Riocon, und zwar in dessen Frühzeit den Schwanz verloren oder vielmehr nicht der Mensch, sondern jener Menschenahn, dessen Fortentwicklung allmählich zum Menschen führte, denn in jener Zeit waren die Menschenaffen und die Menschen noch nicht getrennt. Nicht nur der Mensch hat ja den Schwanz verloren, sondern es gibt auch unter seinen Vorfahren, den Affen, einige Arten, die schwanzlos sind. Sie geben mächtige Hinweise für die Gründe, die wir bei dem Absterben des Menschenschwanzes anzunehmen haben. Der Affe von Maroko und Gibraltar, ein Affentier, das im älteren Diluvium Europas mit Ausnahme des kalten Nordostens verbreitet war, ist heute schwanzlos; seine Ahnen aber hatten jedenfalls Schwänze wie die übrigen Affen. Ein Verwandter des Gibraltaraffen, der in Südindien lebt, hat einen sehr wohl entwickelten Schwanz. Der europäisch-nordafrikanische Affe war wohl ursprünglich im Pliocän Europas wie seine Vorfahren ein wärmeliebendes Tier, das dann durch seinen Aufenthalt auf vereistem Felsen in der Diluvialzeit den Schwanz einbüßte. Die Tiere saßen mit den Vorderfüßen aufgestützt auf dem kalten Boden, und die dauernde Zusammenziehung der Blutgefäße durch die Kälte unterband die Ernährung des Schwanzes. Das dauernde Unterbleiben des Ernährungsreizes an einem nutzlos gewordenen Organ dürfte mit der Zeit zur Rückbildung dieses Organs geführt haben. Kuhlos war der Schwanz für den Affen geworden, da er in dieser Zeit der Steppenbildung nicht mehr zum Baumklettern verwendet konnte. Wenn wir uns die ganze Gruppe der Menschenaffen in den Steppen des Pliocäns mit ihrem immer kontinentaler werdenden Klima, den kalten Wintern und kalten Nächten auch im Sommer vorstellen, so müssen wir annehmen, daß sie, ganz so wie der schwanzlose Gibraltaraffe, ihre Schwänze verloren. Die Vorfahren des Menschen müssen damals im Gestalt selbstkletternder Hundsoffenahmen auf den hohen asiatisch-europäischen Felsplateaus gelebt haben. Der Verlust des Schwanzes wurde gefördert durch die hockende Stellung,

die den Ahnen des Menschen eigen gewesen sein muß. Die allmähliche Verknüpfung ist wohl so zu denken, daß zunächst die Haut, dann aber auch die übrigen Gewebe des Schwanzes einer Unterernährung und dem langsamen Absterben anheim fielen.

Weltblasen. England ist zwar das „Land ohne Musik“ genannt worden, aber das englische Volk in seinen unteren Schichten ist durchaus musikalisch und hat eine Vorliebe für musikalische Feste. Da die Blechinstrumente am leichtesten zu erlernen sind, so haben sich die kritischen Arbeiter die Blechmusik zu ihrer Lieblingsunterhaltung auserkoren, und es gibt unter den Bergarbeitern und Baumwollspinnern in jeder Fabrik ein oder mehrere Orchester, die das Blasen als eine Art Sport betreiben. Alljährlich im September finden dann in den verschiedensten Städten große Weltkonzerte statt, die ihren Höhepunkt finden in dem Wettbewerb der Blechmusikensembles. Der im Londoner Kristallpalast um den 1000-Guineen-Preis stattfindet. „Die musikalischen Bergleute und Baumwollspinner“, erzählt James S. Holson von dieser eigenartigen Volksmusik, „schließen sich ebenso eifrig zu Orchestern zusammen, wie andere Sport treiben oder Brieftauben halten, und sie sind bei ihren Übungen mindestens so unermüdet wie die anderen beim Fußball. Mit ihrem Blechinstrument und einem Palet mit Butterklingen wandern sie Abend für Abend zu den Proben und üben hier 4—8 Stunden lang immer wieder dasselbe Stück, das bei dem Wettbewerb gespielt werden soll. Geht es dann zu dem großen Wettbewerb in London, so schaut man keine Kosten; die ganze Fabrik betrachtet es als Ehrensache, daß ihre Kapelle dabei ist, und man erwartet mit Spannung das Telegramm, das die Ergebnisse meldet. Das Geld, das gewonnen wird, ist weniger wichtig als der Ruhm, den man erntet. Die Kapelle, die einen Preis erlangt hat, kauft während der folgenden Monate in der Fabrik oder in der Grube wenig mehr zu arbeiten, denn ihre Dienste werden überall bei Bergnütungen und Festlichkeiten in Anspruch genommen.“

Die Volkstänze veranfaßt im Laufe des Winters 20 Wittagskonzerte im Theatral am Sümpfad, für die bis jetzt Frau Durieux, Karin Brantel, Edwin Fischer, des Havemann und Klingler-Quartett, der Domchor, Polschor, der Wadriga-Gesang u. a. zugelagt haben.

Die Große Volkstänze teilt mit, daß trotz vieler Abkennemments täglich eine Anzahl von besseren Klagen für das laufende Publikum zur Verfügung steht. Eine besonders große Anzahl ähnlicher Klagen wird zu dem Vorlesungen am Mittwoch, Sonnabend und Sonntag bereit gehalten.

Neuzeit russische Welt. An dem am Freitag, den 15. 8. Uhr, im Kelling-Museum stattfindenden Vortragsabend (Reinhard Rothke) werden die Dichtungen des jungen, in Rußland 1921 verunglückten Dichters Alexander Blok („Die Bräut“ und „Die Stille“) vorgelesen.

Die deutsche Photowochse in München. Als Einleitung der vom 12. bis 16. September in München stattfindenden deutschen Photowochse wurde eine Vorkonferenz auf der Theresienhöhe eröffnet. Die Konferenz gibt einen Ueberblick über den Stand der künstlerischen Photographie, der Fachliteratur, der technischen Hilfsmittel, der Farbenphotographie, der Reproduktion und der wichtigsten Geschäftsphotographie.

Die Volkstänze der Künstler. Das Beispiel der Berliner und Münchener Stadttheater, für die Künstler höhere Preise einzuführen und dafür den Jünglingen und Dilettanten gegen Ausweis den Eintritt zu verweigern, macht Schule. Die Städtischen Theater in Frankfurt wollen dasselbe System einführen. Die Privattheater und Konzerte sollen es ebenso machen. Und viellecht alle Geschäfte ausgeben.

Arbeiterchaft und Arbeiterpresse.

Ein Genosse aus einem Betriebe schreibt uns: Der Beitarbeiter im „Vorwärts“ vom 27. August „Zeitungsnot und Arbeiterpresse“ und die jetzige Preiserhöhung für unser Organ veranlassen mich, heute meine Stimme zu erheben, um Argumente entgegenzusetzen, die leider in weiten Kreisen der Arbeiterchaft einen solchen Umfang angenommen haben, daß es sich lohnt, näher darauf einzugehen.

Die vorgebrachten Argumente über den zu hohen Preis der Parteipresse sind nach meinem Dafürhalten wenig stichhaltig, wenn man dabei den Wert der Arbeiterpresse für die Arbeiterchaft in Betracht zieht.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß ein regelrechter Kampf gegen die Schänder der Republik von Seiten der Arbeiterchaft nur mit Hilfe der Arbeiterpresse aufgenommen werden kann, daß also das Fortbestehen der Republik mit abhängig ist vom Fortbestehen unserer Presse.

Über auch in wirtschaftlicher Beziehung bedarf die Arbeiterchaft ihrer Presse. Was nützt es, über unglückliche und schlechte Verhältnisse der jetzigen Zeit zu klagen oder zu schimpfen, wenn man nicht genügend über die Ursachen aufgeklärt wird oder wenn man Maßnahmen für Abstellung oder Verminderung, die ergriffen werden müssen oder bereits ergriffen worden sind, durch die eigene Presse nicht zu Gesicht bekommt? Auch die gespannte innere und äußere Politik, die von großer Bedeutung für die Arbeiterchaft ist, kann nur von der eigenen Parteipresse richtig gewertet werden. Hierzu gehört der Stand der gewerkschaftlichen Tätigkeit im internationalen Sinne und auch für Deutschland selbst. Doch nicht nur das ist es, was man aus der Arbeiterpresse entnehmen soll, sondern vor allen Dingen auch die Stellungnahme der eigenen Partei zu den weitverbreiteten Fragen und Problemen im Sinne der Verständigung von Volk zu Volk. Wenn heute reaktionäre Phrasen von einem neuen Staatsbad fälschlich und sich dabei auf Artikel ihrer Presse berufen, so muß ein wahrhafter Sozialist sofort mit Beweisen aufwarten können; er bekommt sie in erster Linie aus seinem Blatt. Es kann und darf nicht mehr angehen, daß solche Leute den größten Blödsinn im Beisein von Arbeitern vorbringen können, ohne daß ein Widerspruch erfolgt. Allerdings gehört dazu Wissen.

„Wissen ist Macht“ sagte Wilhelm Liebknecht, und um dieses Wissen sich aneignen zu können, dazu braucht die Arbeiterchaft ihre Presse. Und damit wird eins auch verständlich, warum unsere Ältern, wie Bebel, Bernstein u. a. unter dem Sozialistengesetz dafür sorgten, zuerst die Presse zu erhalten.

Ein wichtiger Faktor aber ist unsere Presse auch auf dem Gebiet der Kulturpolitik. Gerade die Erziehung unserer Kinder im sozialistisch-demokratischen Sinne in Haus und Schule, die Berichte über Themen der Kunst und Wissenschaft, über sportliche Betätigung helfen, uns und unsere Kinder zu bilden.

Weiter gilt unsere Presse auch als Sprachrohr dem Ausland gegenüber. Sie ist verpflichtet, die wahre Stellung des arbeitenden Volkes wiederzugeben, die sich aus der Erfüllungspolitik erstreckt, und hat weiter den Beweis zu führen, welche Abneigung gegen neue Kriege in der Arbeiterchaft besteht. Damit unterstützt sie den Kampf unserer Brüder im Ausland gegen Imperialismus und Chauvinismus und nimmt jenen Gewalthabern die Macht, die sich auf den Säbel stützen.

Auch im Innern muß unsere Presse den Kampf aufnehmen gegen jene Elemente, die als Feinde des Sozialismus anzusehen sind. Sie hat die Verpflichtung, auf Mängel in den Verwaltungen, Behörden, Betrieben usw. hinzuweisen und gibt so Fingerzeige, wo zugepackt werden muß.

Aus all diesem und noch Vielem mußt uns unsere Presse lieb und heilig sein. Heilig deshalb, weil sie uns als ein liebes Vermächtnis unserer Ältern gilt, die viel ärmer, viel elender dastanden als viele von uns, die Familienglück und Freiheit opferten, um uns die Zeitungen aufzubauen, die wir heute besitzen. Und wir, wir sollten nicht soviel opfern können für unsere Sache? Wir sollten halt machen, wo das Erscheinen unserer Presse nur abhängig gemacht wird vom lumpigen Rammon?

Ich weiß, die Not ist groß, aber trotzdem haben wir die Verpflichtung, auch in der Not unsere Kampfgenossin, die Presse, nicht zu vergessen. Ihr Erscheinen ist Fortschritt, ihr Nichterscheinen Rückschritt. Deshalb gilt es, Opfer zu bringen. Verzichtet auf einen Zigarette pro Tag, trinkt ein Glas Bier weniger und meidet den elenden Fusel. Halte Eure Presse lieb und beschützt sie; Einnahme ist an der Arbeit. Heißt, daß sie fortbesteht, sorgt für Abonnenten, damit dient Ihr Eurer Sache und für diese darf kein Opfer zu groß sein.

Kampf gegen die Geheimbünde.

Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat bekanntlich auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik für den Umfang seiner Provinz die Versammlungen des Bundes der Niederdeutschen E. V., Hamburg, verboten. Das Verbot erstreckt, wie uns jetzt mitgeteilt wird, weil der Bund der Niederdeutschen mit verschiedenen aufgelösten oerbötenen Organisationen, wie dem Rationalverband deutscher Offiziere, dem Deutschsozialistischen Schutz- und Trutzbund und ähnlichen Gruppen, in engen Beziehungen stand zu dem Zweck, um die erwähnten Vereine zentral zusammenzufassen, angeblich zur Organisation eines Sozialreiches. Bei dem Vorsitzenden des Bundes der Niederdeutschen, Ortsgruppe Bergedorf, dem Kaufmann Ernst Dröge, wurden 15 Maschinengewehre, 134 Stahlhelme, 62 Stielhandgranaten, 4 Rifflin mit je 1400 Patronen und noch weitere Munition festgestellt und beschlagnahmt. Munition und Waffen waren, wie Dröge eingestand, für den Bund der Niederdeutschen beschafft worden.

Devisenkurse.

	13. September		12. September	
	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Silber) Kurs	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Silber) Kurs
100 Holländische Gulden . . .	61922.20	62077.80	58826.80	58773.40
1 argentinischer Papier-Peso . . .	571.77 1/2	573.22 1/2	544.80	545.70
100 belgische Franc	11455.60	11514.40	10780.50	10813.50
100 norwegische Kronen	26541.75	26608.25	25268.25	25351.65
100 dänische Kronen	83957.50	84042.50	82359.50	82440.50
100 schwedische Kronen	42247.10	42352.90	39990.90	40100.10
100 finnische Mark	7081.10	7098.90	3285.85	3294.15
1 japanischer Yen	—	—	719.10	720.90
100 italienische Lire	6766.50	6783.50	6416.95	6423.05
1 Pfund Sterling	7081.10	7098.90	6716.55	6735.45
1 Dollar	1598.—	1602.—	1493.18	1496.87
100 französische Franc	12159.75	12190.25	11510.55	11593.45
1 brasilianischer Milreis	—	—	194.75	195.25
100 Schweizer Franc	90067.90	90162.70	28214.65	28285.35
100 spanische Pesetas	24469.85	24530.85	23021.15	2378.85
100 österr. Kronen (abges.)	2.03	2.07	1.93	1.97
100 tschechische Kronen	5203.35	5306.65	5053.65	5066.35
100 ungarische Kronen	62.92	63.08	60.92	61.08
100 bulgarische Lewa	998.75	1001.25	948.80	951.20

Das Preisfieber.

Ein wehres Preisemais beherrscht den Warenmarkt. Der eine Kaufmann gibt den Zucker mit 25 Mark den Pfund, der andere mit 50 Mark für die gleiche Menge, und der dritte fordert wieder andere Preise. Und die Hausfrauen laufen sich die Füße wund, um hier und da „billiger“ einkaufen zu können. Das kostet nicht nur Stiefelsohlen, sondern auch Nervenkraft. Jeden Tag klopft die graue Sorge an: Was werde ich heute kaufen können, wie werde ich mit dem Gelde auskommen?

Bei dem Wettlauf zwischen Lohn und Preis laufen die Preise den Löhnen davon. Die Preise rasen mit unheimlicher Geschwindigkeit. Der Dollar ist bald nicht mehr Maßstab, sondern nur noch das Ziel, das überholt werden soll. Nur der kapitalkräftige Produzent und Händler sieht diese Entwicklung noch mit Ruhe an, während der Verbraucher verzweifelt. Der Großhandel kennt nur noch Dollar und Pfund und pfeift auf die Papiermark. Der Kleinhandlender befindet sich in einem eigenartigen Dilemma. Auf der einen Seite steht der Großhandel, der ihm die höheren Preise abfordert. Oft hat er dabei das Bewußtsein, daß er seinen Abnehmern gar nicht diese höheren Preise zumuten kann. Auf der anderen Seite steht der Verbraucher, von dem er befürchtet muß, daß seine Kaufkraft erlahmt, so daß er mit seinen Vorräten schließlich festfrieren wird. Endlich droht ihm noch die Gefahr, daß ihm für die Sünden des Großhandels und der Produzenten-Lieferanten von der erregten Masse die Fenstersteine eingeschlagen werden. Das ist eine schwierige Lage, die der Verbraucher voll würdigen muß. Bedauerlicherweise hält es der Kleinhandlender im Zweifelsfalle immer mit dem Großhandel. Das ist psychologisch verständlich, denn der absolute Gewinn des Kleinhandlenders wächst bei jeder Preissteigerung wenn er die gleichen prozentualen Zuschläge zum Einkaufspreis nimmt. Voraussetzung dazu aber ist, daß er stets genügend Kredit hat, um neue Ware einkaufen zu können. Der kapitalkräftige Händler wird, wenn er die Ware, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist, zu ihrem jeweiligen Einkaufspreis zuzüglich des vorgesehenen Preiszuschlags verkauft, sein Einkommen in geradezu idealer Weise den jeweiligen Teuerungserhältnissen anpassen können, und wird das so lange tun können, als er die Möglichkeit hat, die Ware abzugeben. Bis zu diesem Zeitpunkt ist er dem Arbeiter und Angestellten weit voraus überlegen, deren Einkommen in keiner Weise der fortschreitenden Teuerung angepaßt ist. Der Bedarf der Kleinhandlender an Betriebskapital, das auf Kredit beschafft werden muß, mußte infolge der Politik des Großhandels und der Produzenten ganz ungeheuerlich wachsen. Da empfehlen nun die Händler ein Mittel, das vom Standpunkt des Konsumenten höchst bedenklich erscheint. Der Konsument soll gezwungen werden, dem Händler zinslos Betriebskapital zur Verfügung zu stellen, indem er jedesmal mindestens den Preis der zu erwartenden Sendung und die darauf ruhenden Zuschläge zu zahlen hat. Das Verfahren kennzeichnet sich als eine zinslose Zwangsanleihe, die die Händler den Konsumenten auferlegen, um ihre Existenz solange als möglich zu sichern. Der Konsument soll das Geld geben, um es dem Händler nicht nur zu ermöglichen, ihn mit Ware zu versorgen, sondern darüber hinaus sich selbst ein Einkommen zu verschaffen, das das des Geldgebers um ein Vielfaches übertrifft.

Verdoppelung der Vorkorttarife.

Die Tarife im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr müssen in Anbetracht des immer schärfer hervortretenden Mißverhältnisses zwischen Einnahmen und Ausgaben vom 1. Oktober 1922 ab ebenfalls eine Erhöhung erfahren, sie wird einheitlich 100 Proz. betragen. Der Mindestpreis wird also betragen für Einzeltarifen 2. Klasse 9 M. und 3. Klasse 6 M., Monatskarten 2. Klasse 240 M., 3. Klasse 160 M., Wochenkarten 3. Klasse 40 M.

Ein Todeschuß aus der Rodtasche.

Der Oberschütze Heinrich Rosfeld wurde gestern abend von dem Schützen Bieder in dem Vergnügungspark Wap aus Unvorsichtigkeit erschossen. Mit diesem sah er zusammen in dem Biedermeierzeit des Vergnügungsparks. Bieder hatte sich eine neue Taschenlampe gekauft und wollte sie seinem Kameraden zeigen. Als er in die Rodtasche sah, um sie herauszuholen, kam er an den Hahn seiner nicht entschulten Pistole. Diese entlud sich und die Kugel drang seinem ihm gegenüberstehenden Kameraden in das Herz, sodaß er tot zusammenbrach. Die Leiche des Erschossenen wurde, nachdem ein Arzt den Tod festgestellt hatte, nach dem Leichenschauhaus gebracht. Bieder wurde von einem herbeigeholten Offizier des Schützenregiments wegen fahrlässiger Tötung in Haft genommen.

Wassersportplatz Plöhsensee in Gefahr.

Hohe Steuerbelastung als Ursache.

Der am Plöhsensee gelegene Wassersportplatz, der gleichzeitig zu den größten Freibädern Berlins gehört und sich trotz kurzen Bestehens allgemeiner Beliebtheit erfreut, ist, wie man uns mitteilt, durch ein tolles Bürokratenlärmlein in Gefahr geraten, mit Abschluß der Sommeraison seinen Betrieb einstellen zu müssen. Die Anlage ist die erste Schöpfung aus dem Fonds „Park und Spiele“ und hat wegen ihrer vorzüglichen Lage und Eignung für Lust-, Sonnen- und Wasserbäder den Beifall aller Behörden und daran interessierter Kreise gefunden. Diese Tatsache ist am besten daraus zu ersehen, daß trotz des ungünstigen Sommers und erst recht spät erfolgter Eröffnung der Anlage diese die größte Besucherzahl von allen Freibädern aufzuweisen hat.

Die Besucher sehen sich hauptsächlich aus Kreisen der werktätigen Bevölkerung vom Wedding und Koebitz zusammen, da es dieser möglich ist, ohne Fahrgehabwendungen diese Anlage zu benutzen. Mehr noch als in anderen Freibädern sind die schulpflichtigen Kinder unter den Besuchern vertreten. Durch die wiederholt erfolgte Fahrpreiserhöhung wäre es einer großen Anzahl ohne Schaffung der Anlage in diesem Sommer überhaupt völlig unmöglich gewesen, die der Gesundheit so förderlichen Bäder zu nehmen. Nach Lage der Sache sollte man annehmen, daß mit Rücksicht auf die für die Allgemeinheit so wichtige Anlage von der Behörde jede Förderung erfahren würde. Weit gefehlt. Wohl hat der Magistrat Berlin durch kostenlose Herabgabe des Platzes und Zurverfügungstellung der ersten Mittel die Anlage mitgeschaffen helfen. Dem Bezirksamt Wedding war es dann gelungen, durch gemeinsame Arbeit mit allen daran interessierten Schwimmvereinen, die auch ihrerseits große Opfer auf sich nahmen, die Anlage dem Publikum zugänglich zu machen. Der Erfolg der ganzen Einrichtung kann, wenn man von allen übrigen absehen will, darin gesehen werden, daß trotz wiederholten Risikobefürs sich in diesem Jahr kein Unglücksfall ereignete, während in den Vorjahren fast regelmäßig einige Duzend tödlich verlaufene Unglücksfälle an der Bade- stelle vorkamen. Man sollte annehmen, daß dieser Umstand allein genügen sollte, den weiteren Betrieb der Anlage auch für die Zukunft zu sichern. Das Bezirksamt Wedding, wie auch die beteiligten Schwimmvereine, die für den Betrieb eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet haben, sind bei der Gründung davon ausgegangen, daß im Interesse der Sache und um sie jedem zugänglich zu machen, keinerlei Uebernahmewirtschaft betrieben werden

sollte, sondern die Eintrittspreise ganz gering festgesetzt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, haben alle Beteiligten noch finanziell Opfer gebracht. Trotz dieser Tatsache will aber das Landesfinanzamt Groß-Berlin, Abteilung für Besitz- und Verlehrssteuer, der Gesellschaft den gemeinnützigen Charakter nicht zuerkennen. Das hätte zur Folge, daß die zur Erhaltung kommenden Steuern hoch finanzielle Anforderungen an die Beteiligten stellen würden, so daß die Eintrittspreise so hoch festgesetzt werden müßten, daß Kinderbewilligte als Besucher nicht mehr in Frage kämen. Ebenso müßten alle Freibäder von Schülern unterbleiben und die Anlage somit den beachtlichen Zweck verlieren. Wegen des Bescheides des Landesfinanzamts ist Beschwerde beim Reichsfinanzministerium erhoben worden. Es ist zu hoffen, daß dieser nach gründlicher Prüfung der Angelegenheit zu einem anderen Ergebnis kommt.

Der Scheinwerfer am Polizeiauto.

Vor einiger Zeit wurde seitens der Straßenpolizei angeregt, die Autobesitzer sollten im Interesse der Straßensicherheit von der allzu grellen Beleuchtung ihrer Wagen für Fahrten in der Stadt Abstand nehmen. Die Wagen mit nicht abgeblendeten Scheinwerfern sollten sogar festgestellt und ihre Besitzer mit Strafen belegt werden. Alle diese berechtigten und durch- aus notwendigen Vorschriften haben, wie uns geschrieben wird, bisher so gut wie keinen Erfolg gehabt. Nur wenige Wagen besitzen Scheinwerfer, deren Scheiben auch wirklich abgeblendet sind, nur bei wenigen anderen Wagen ist neben der Wagenbeleuchtung für Tourenfahrten eine zweite Beleuchtungsanlage vorgesehen. Die große Mehrzahl der Wagen, vielfach sogar auch die der notleidenden Kraftfahrzeugsbesitzer, fahren nach wie vor mit heillosen Scheinwerfern. Warum auch nicht? Ist ihnen doch die Schutzpolizei selbst mit einem im wahren Sinne des Wortes blendenden Beispiel vorgegangen. Seit einiger Zeit ist z. B. bei dem Ueberfallbereitschaftsdienst in der Alexanderfaserne ein neuer Mannschaftswagen für das Ueberfallkommando eingekauft. Der schmutze Wagen, der etwa 8 Personen Platz bietet, ist mit einer Scheinwerferanlage ausgerüstet, die mindestens 3000 Kerzen starkes Licht gibt und imhunde ist, das dunkelste Berlin zu beleuchten. Leider aber entspricht diese Anlage nicht den Vorschriften. Es muß zugegeben werden, daß der Wagenführer auf der Fahrt zum Alarmplatz eine gute Wagenbeleuchtung braucht; diese könnte aber in einem Handbleinwerfer bestehen, der nur im Bedarfsfall in Tätigkeit gesetzt wird und nicht dauernd leuchtet und den entgegenkommenden Passanten die Augen blendet.

Einigung der Kriegsofoper.

Die Not der Zeit, unter der ganz besonders die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen zu leiden haben, hat auch zu einer Verschmelzung bestehender Kriegsbeschädigtenorganisationen geführt. Die Führer nachgeannter Organisationen haben in einer am Sonntag, den 10. September 1922, stattgefundenen Tagung nachstehende Entschlieung angenommen: „In der Erkenntnis, daß der bevorrechtigte Anspruch der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen auf ausreichende Versorgung ohne Anwendung des Bedürftigkeitsprinzips nur durch einen weiteren und festeren Zusammenschluß der Kriegsofoper erfolgreich erkämpft werden kann, vereinigen sich: Deutscher Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen E. V., Sitz Stuttgart; Bund Deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener E. V., Sitz Hamburg; Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener Deutscherlands E. V., Sitz Berlin; Einheitsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener E. V., Sitz Berlin, zu einer gemeinsamen Organisation und bilden vom 1. November 1922 an mit ihren bestehenden Gliederungen den Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, Sitz Berlin.“

Ausstellung von Köppelstücken.

Die erste Städtische Bahioribildungsschule für Mädchen und Frauen, Berlin SW. 61, Jehonimitzstr. 8, in der seit 10 Jahren Lehrgänge für Spitzenklöppeln abgehalten werden, zeigt in der Zeit vom 16. bis 18. September d. J. in der Aula der 28./217. Gemeindefchule, S. 53, Wilmstr. 10 (Ecke Barmaldrstraße), ihre im Laufe des letzten Schuljahres fertiggestellten Schülerarbeiten. Zur Ausstellung gelangen mehr als 300 Gegenstände: Störze, Dedes aller Art, Kragen, Spitzen, Einfüge für Wäsche und Kleidungsstücke, Säuer, Kissenplotten usw. Auch Motive aus der Brüsseler Technik, Märchenbilder, holländische Figuren, ferner Filzarbeiten und handgenähte Spitzen sind darunter vertreten. Das Klöppeln selbst wird von mehreren Schülerinnen praktisch vorgeführt. Allen denjenigen, die die Kunst des Spitzenklöppelns erlernen wollen, sei es zur eigenen Freude oder zum Zwecke des Nebenverdiensts, kann der Besuch dieser Ausstellung nur angelegentlich empfohlen werden. Die Besichtigung findet am Sonnabend und Montag von 4—7 Uhr und am Sonntag von 10—4 Uhr statt.

„Kaiserlich“ nennen sich immer noch manche Postämter auf ihren amtlichen Briefschlußmarken. Anfang August wurde bekannt, daß der Reichspostminister in seinem Reichsbereich endlich den Weitergebrauch monarchischer Hoheitszeichen durch Bestrafung nachlässiger Beamten auszrotten will. Welchen Erfolg diese Drohung gehabt hat, zeigt ein uns vorgelegter Geldpäckchenumschlag, der den Poststempel 4. September 1922 trägt und mit der unkorrigierten Verschlußmarke „Kaiserliches Postamt Berlin S. D. 36“ besetzt ist. Es gibt übrigens bereits neue Verschlußmarken, auf denen das Wort „Kaiserlich“ fehlt, so daß es nicht erst durchsichtigen zu werden braucht. „Schön“ auf einem Umschlag mit dem Poststempel 25. Juli 1922 finden wir die Verschlußmarke „Postamt Berlin 76“. Mit ihm zusammen ist uns aber ein anderer von demselben Postamt an demselben Tage gestempelter Umschlag vorgelegt worden, der noch die unkorrigierte Verschlußmarke „Kaiserliches Postamt Berlin S. D. 76“ trägt.

Jungsozialisten und Parteigenossen! Am 1. Oktober findet in Berlin eine Reichskonferenz der deutschen Jungsozialisten statt, zu der ungefähr 100 Gäste eintreffen, die in Privatquartieren untergebracht werden sollen. Wer bereit ist, einen Genossen oder eine Genossin aufzunehmen, teile seine Anschrift umgehend dem Bezirksverband, Lindenstr. 3 (Bureau Fischer), mit.

Verpachtung eines prächtigen Gutes. Auch den Prinzen Friedrich Leopold hat die allgemeine Geldentwertung dazu gezwungen, das Rittergut Düppel bei Zehlendorf zu verpachten. Pächter ist der Inhaber der Prestogesellschaft, Paul Bernau.

Der Schiffbruch des deutschen Dampfers „Hammonia“ soll nach Meldungen aus Vigo darauf zurückzuführen sein, daß die Luken der Kohlenräume schlecht geschlossen waren, und infolgedessen Wasser in das Schiff eindrang. Als der Kapitän sich davon überzeugte, daß eine Bekämpfung des eingedrungenen Wassers unmöglich war, steuerte er das Schiff nach Vigo und forderte drahllos Hilfe. Siebzehn Meilen von Vigo sank der Dampfer. Die ersten zu Wasser gelassenen Boote schlugen um; dabei sollen etwa fünfzig Personen ertrunken sein.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kühler, zeitweise aufforend, aber noch überwiegend trübe mit wiederholten Regenschauern und vorherrschend südwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

88. Abteilung, Tempelhofer. Heute abend 7 1/2 Uhr Frauennabend in der Aula des Reichsanstalts Tempelhofer. Vortrag von Dr. Bartz über Frauennachrichten (Schilddrüsen).

Gewerkschaftsbewegung

Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit.

Der Entwurf des Arbeitszeitgesetzes, der vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet wurde und dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates zur ersten Beratung vorlag, legt die 48-Stunden-Woche in seinem zweiten Abschnitt den Arbeitstagen und die Achtundvierzigstundenswoche als Regel für die gewerbliche Arbeitszeit fest. Außerdem wird jedoch bestimmt, daß bei einer verkürzten Arbeitszeit an einzelnen Werktagen, besonders vor Sonn- und Festtagen, der entstehende Ausfall durch eine Verlängerung der Arbeitszeit an den übrigen Werktagen der gleichen Woche, jedoch — entsprechend dem Abkommen von Washington — nur bis zu einer Stunde täglich, ausgeglichen werden darf. Von Arbeitgeberseite wurde indes die Streichung dieser Beschränkung auf eine Stunde beantragt und die Aufnahme folgender Bestimmung:

„An den beiden letzten Tagen der Woche bzw. an den Tagen vor hohen Feiertagen darf bis zu 10 Stunden gearbeitet werden, sofern an den ersten Tagen der Woche entsprechend weniger Arbeit geleistet worden ist.“

Dieser Antrag wurde damit begründet, daß die Aufträge sich vor hohen Festen zu häufen pflegen, und es besonders für Kleinbetriebe wirtschaftlich notwendig sei, diese Konjunktur auszunutzen, um über stillere Zeiten hinwegzukommen.

Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums verwies aber darauf, daß die Regierung sich an das Abkommen von Washington gebunden habe und einem derartigen Antrag nicht zustimmen könne. Die Arbeitnehmer lehnten ihn als eine Durchbrechung der Grundgedanken des Gesetzes ab und verwiesen auf die im Gesetz vorgesehenen Ausnahmen in Sonderfällen und auf die Möglichkeit tariflicher Vereinbarungen. Doch wurde der Antrag mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen.

Von einem Arbeitgeber des Handwerks wurde ferner folgender Antrag gestellt:

„Lehrlinge dürfen außerhalb der Normalarbeitszeit täglich bis zu einer Stunde zu Vorbereitungs- und Aufräumungsarbeiten herangezogen werden.“

Die Arbeitnehmer waren gegen die Aufnahme dieses Antrages, da er zur Ausbeutung der Lehrlinge führen könne, während die Arbeitgeber betonten, daß in dem Antrag nur festgelegt werde, was sich in der Wirtschaft herausgestellt habe und üblich sei. Durch die Vertreter des Reichsarbeitsministeriums wurde auf Hinweis, daß ohne Ueberbreitung der achtstündigen Arbeitszeit durch Einlage von Pausen, wie dies im Gesetz vorgesehen ist, derselbe Zweck erreicht werden könne, wurde auch dieser Antrag mit 15 gegen 14 Stimmen angenommen.

Der Entwurf bestimmt, daß Beginn und Ende der regelmäßigen Arbeitszeit und der Pausen vom Arbeitgeber unter Mitwirkung der Betriebsvertretungen festzusetzen ist. Diese Bestimmung der Mitwirkung der Betriebsvertretungen wurde aber ohne besondere Erörterung mit 15 gegen 14 Stimmen gefaßt.

Als Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben setzt der Entwurf die 56-Stunden-Woche als Regel fest. Vertreter der Arbeitnehmer beantragten die Streichung dieser Bestimmung und wollten die Regelung der Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben ausschließlich den Tarifverträgen überlassen. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erklärte dazu, daß der Entwurf nur Höchstgrenzen für die Arbeitszeit festlegen soll; wenn die 48-Stunden-Woche als Höchstgrenze bestimmt, aber keine Ueberbreitungsmöglichkeiten festgelegt würden, wären private Vereinbarungen wie die Tarifverträge ungeheuerlich. Dieser Auffassung schlossen sich die Arbeitgeber und ein Teil der Arbeitnehmer an, und mit 17 gegen 9 Stimmen wurde die Bestimmung der 56-Stunden-Woche als Höchstgrenze angenommen.

Die amtlichen Berufsvertretungen.

Drei Jahre sind schon ins Land gegangen, seitdem den Arbeitern und Angestellten im Artikel 165 der Reichsverfassung das Recht zugesprochen worden ist, „gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“. Es braucht deshalb nicht wunderzunehmen, daß in den Kreisen der Arbeiterschaft ein wachsender Unwille darüber besteht, daß die Einlösung des ihr in der Verfassung gegebenen Versprechens durch die Fortführung der Rätegesetzgebung immer noch auf sich warten läßt. Ihre Erklärung findet diese Tatsache, abgesehen von der unbestreitbaren Schwierigkeit der Aufgabe, um die es sich handelt, vor allem darin, daß das Unternehmertum, namentlich soweit es in den Handelskammern seine amtliche Interessenvertretung findet, bis vor kurzem den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer einen starken Widerstand entgegensetzte.

Die Verhandlungen im Verfassungsausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates drehen sich in den letzten Monaten vor allem um die Forderung der Arbeitnehmer nach paritätischer Ausgestaltung der bestehenden amtlichen Interessenvertretungen der Landwirtschaft, des Handels, des Handwerks und der Industrie. Diese Forderung, der die Kreise des Handwerks weitgehendes Verständnis entgegenbrachten, stieß bei den Industrie- und Handelskammern auf absolute Ablehnung. Sie sträubten sich mit Händen und Füßen gegen jede Veränderung an den bestehenden Handelskammern und wollten lediglich eine von Fall zu Fall zu beantragende Zusammenarbeit der Handelskammern in paritätisch besetzten Ausschüssen zugehen. Erst in jüngster Zeit schien es einem vom Verfassungsausschuss des Reichswirtschaftsrates eingesetzten Unterausschuss gelungen zu sein, den Boden für eine Verständigung zu bereiten. Die von ihm in erster Lesung beschlossenen Beschlüsse erklärten das aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Handels und der Industrie zu bildende Gemeinschafts-

organ für zuständig zur Erstattung von Gutachten und eigenen Vorschlägen in wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen, Industrie, Handel und Verkehr betreffenden Angelegenheiten. Behörden, die ein Gutachten von der Handelskammer oder der Arbeitnehmervertretung verlangten, sollten verpflichtet sein, gleichzeitig den anderen Stellen Kenntnis zu geben. Ebenso sollte sowohl die Handelskammer als auch die Arbeitnehmervertretung verpflichtet sein, aus eigener Initiative gestellte Anträge rechtzeitig zur Kenntnis der Gegenseite zu bringen. Dem Gemeinschaftsorgan sollte das Recht zustehen, sein Gutachten unmittelbar an die anfragende Behörde zu erlassen. Diese Forderung, die ein Kompromiß darstellen, bei dem die Arbeitnehmerseite schon viel von ihrer ursprünglichen Forderung abgesehen hatte, fanden zunächst auch die Zustimmung der hinter dem Vertreter des Unternehmertums im Unterausschuss des Verfassungsausschusses stehenden Kreise. Das ergibt sich u. a. aus den zustimmenden Begleitföhen, mit denen sie im „Hannoverschen Kurier“ vom 5. Juli d. J. veröffentlicht wurden. Inzwischen aber hat eine heftige Kritikarbeit gegen sie eingeleitet, die allerdings, wie üblich, nicht von den eigentlich führenden Persönlichkeiten, sondern von Größen zweiter Ranges ausgeht, immerhin jedoch bereits den Erfolg gezeitigt hat, daß z. B. die niederschlesischen Handelskammern auf einer Tagung Mitte August die Forderung abgelehnt haben. Die treibenden Kräfte im Kampf gegen die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer behaupten natürlich, daß auch sie durchaus für die Gemeinschaftsarbeit von Unternehmern und Arbeitnehmern seien, aber sie müsse freiwillig sein und dürfe nicht auf Zwang beruhen. Deshalb verlangen sie, daß das Gemeinschaftsorgan nur dann in Tätigkeit trete, wenn es entweder von der Handelskammer oder der Arbeitnehmervertretung beantragt wird. Das ist ganz der Standpunkt, den die Handelskammern vor den Beratungen im Unterausschuss des Reichswirtschaftsrates eingenommen haben, so daß also, wenn er von der Gesamtvertretung der Handelskammern, vom Industrie- und Handelsrat angenommen würde, die ganzen Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen in Frage gestellt wären. Unter diesen Umständen erscheint es notwendig, zu betonen, daß die Arbeitnehmerseite keine Lust hat, sich auf eine weitere Verschleppung der Kammerfrage einzulassen. Es ist bekannt, daß vom Leipziger Gewerkschaftscongress noch im Juni dieses Jahres die Forderung nach paritätischer Ausgestaltung der bestehenden amtlichen Interessentenvertretungen unterstrichen worden ist. Treten die Handelskammern von den oben erwähnten mit Zustimmung eines ihrer namhaftesten Vertreter aufgestellten Beschlüssen zurück, so wird das für die Arbeiterschaft das Signal sein, auf jeden weiteren Verhandlungsversuch zu verzichten und den einschlägigen Kampf um ihre gleichberechtigten Mitwirkung in den bestehenden amtlichen Interessentenvertretungen aufzunehmen.

Annahme der städtischen Lohnsätze.

Gegen die Umwandlung der städtischen Werke.

Am Dienstag abend nahm eine Versammlung der städtischen Funktionäre zum neuen Lohnabkommen Stellung. Im Auftrage des Lohnratels berichtete der Vorsitzende des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes Polenske über die mit dem Magistrat gepflogenen Besprechungen. Nach längerer Aussprache wurde von den Funktionären die Zustimmung zu dem 13. Lohnsatz gegeben und folgende Entschließung angenommen:

„Die Funktionärversammlung des Lohnratels protestiert ganz entschieden gegen die völlige Lohnreduzierung für die Gemeindegewerkschaften der großen Tarifkommission auf Annahme dieser Regelung, so geschieht dies in der Erwartung, daß umgehend in Reich, Staat und Gemeinde ernste Verhandlungen aufgenommen werden, um den notwendigen Ausgleich durch entsprechende Lohnerhöhungen zu schaffen.“

Die kommunistischen Funktionäre protestierten gegen das Abkommen und ein Redner verlangte, daß die gewerkschaftlichen Organisationen sich fester zusammenschließen, um eine starke Nebenregierung zu bilden. Die gewerkschaftliche Nebenregierung allein werde imstande sein, den Arbeitern in den Reichs- und Gemeindebetrieben Löhne zu verschaffen, die der Geldentwertung angepaßt seien. — Die Funktionärversammlung beschloß sich weiter mit den Bestrebungen, die städtischen Werke aus der Kommunalverwaltung in ein genossenschaftliches System zu überführen. Wir werden darüber noch besonders berichten.

„Er will Musiker werden“.

So lautet nicht selten die Antwort, die man erhält, wenn man jetzt vor der Schulentscheidung zum Oktober die Eltern nach der Berufswahl ihres Jungen fragt. „Er will“ — bei anderen Berufen heißt es oft — „ja“ — denn der Musikerberuf ist einer von denen, die aus einem starken inneren Triebe ergriffen werden. Aber dieser Trieb entwirft oft stets dem Genuße, den das Anhören von Musik gewährt, weit festerem dem unüberwindlichen Bedürfnisse, seinem eigenen Gefühl musikalisch Ausdruck zu verleihen. Aber selbst wenn auch das letztere der Fall sein sollte, so ist damit noch nicht bewiesen, daß auch die für diesen Beruf erforderliche Begabung vorhanden ist: Hören wir doch oft mit Schaudern die ebenso begeisterten wie mitleidenden musikalischen Ausdrücke von ausgesprochen unmusikalischen Menschen, die entzückt und hingerissen von eigenem „Gefolge“ irgendein Volkslied oder gar einen Gesellenauer „gröhlen“. Man kann aber noch weiter gehen und sagen, daß selbst derjenige, der ein gutes Gehör hat, noch nicht ohne weiteres zum Musiker taugt. Es sind vielmehr eine ganze Reihe von körperlichen und seelischen Eigenschaften erforderlich, von deren Vorhandensein es abhängt, ob jemand das Zeug zu einem guten Musiker besitzt. Niemand wende sich daher diesem Berufe zu, der nicht vorher sich durch das Urteil hervorragender Musiker — zu denen freilich nicht jeder lehrlingsbuniarige Stadtpfeifer gehört — von dem Vorhandensein des notwendigen Talentes überzeugt hat. Es ist nämlich im Musikerberuf so bestellt, daß er seinen Mann nur noch bei ganz ausgezeichneten Leistungen er-

nährt. Nur mit diesen ist es möglich, sich eine auskömmliche Stellung zu suchen, während Musiker mit nur durchschnittlichen oder gar minderwertigen Leistungen, wie sie als Ergebnis der gewöhnlichen Stadtpfeiferlehre zu verzeichnen sind, nur noch ausnahmsweise ihr Brot finden. Erschreckend viele werden daher ihrem bisherigen Beruf als Musiker untreu und suchen in einem andern — nicht immer willkommenem — in einem andern, verdammt es aber dann meist nicht, in ihrem alten Beruf „Gef.rollen“ zu geben und den lediglich von der Musik lebenden Berufsgenossen eine oft unerwünschte Konkurrenz zu machen. Es kann wohl gesagt werden, daß das Arbeitseinkommen des Musikers — abgesehen von den wirklichen Künstlern im Berufe, die es vermöge ihrer Leistungen zu ausgehobenen Stellungen gebracht haben — selten über demjenigen des ungelerten Arbeiters steht, so daß nur in denjenigen Fällen zur Wohl des Musikerberufes geraten werden kann, wo ausgeprägte Begabung und die Möglichkeit vorhanden ist, diese Begabung mit aller Sorgfalt auszubilden.

Die Dachdecker zur Wirtschaftslage.

Eine Vertrauensmännerversammlung für das Dachdeckergerwerbe beschäftigte sich am 11. September mit der wirtschaftlichen Lage und mit den Vorgängen im Gewerbe. Von den Vertrauensleuten wurde abseitig hervorgehoben, daß die gegenwärtige Feuerung unerträglich auf die Arbeiter lastet. Die gegebenen Lohnzulagen sind in keiner Weise geeignet, einen Ausgleich in der Besserstellung der Arbeiter herbeizuführen. Es wird erwartet, daß von den maßgebenden Stellen endlich alles getan wird, um eine Feuerung herbeizuführen. Bei der Besprechung über die Vorgänge im Gewerbe wurde auch über den Klemperstreik geredet. Von allen Vertrauensleuten kam zum Ausdruck: es ist den Klempern gegenüber die größte Solidarität zu üben, jede Streifarbeit ist unbedingt zu verteidigen. Sollten die Kollegen irgendwie in Mitleidenschaft gezogen werden, so ist der Vorstand sofort in Kenntnis zu setzen. Ohne vorherige Verständigung mit dem Vorstand darf es nirgends zur Arbeitseinstellung kommen.

Polizeibeamte und Beamtenbund.

Der Verband der Polizeibeamten Preußens (Shadow-Verband) besuchte sich in seiner Sitzung am 12. und 13. September mit seinem Verhältnis zum Deutschen Beamtenbund. Sein Verbleiben beim Beamtenbund machte der Verband von der Erfüllung folgender Forderungen abhängig:

1. Sofortiger Rücktritt der Bundesleitung.
2. Neuwahl spätestens im Oktober 1922.
3. Es müssen in der Bundesleitung vorhanden sein: a) Vier Beamte der Befoldungsgruppen 1-6; b) fünf Beamte der Befoldungsgruppen 7-9; c) und zwei Beamte der anderen Befoldungsgruppen.

Die Bekämpfung der Verbände (Deutscher Beamtenbund — Allgemeiner Deutscher Beamtenbund) ist den Interessen der Beamten schädlich und fördert das Ansehen und den Bestand des Deutschen Beamtenbundes nicht.

Unter Wahrung dieser Gesichtspunkte und bis zur Erfüllung vorstehender Forderungen wird der Shadow-Verband dem DBB bis auf weiteres die Beiträge sperren.

Fraktion Amsterdam im Bäckerverband. Donnerstag, 7. Uhr, in den Sophienböden, Sophienstr. 17/18: wichtige Fraktionsversammlung. Erscheinen aller SPD- und USPD-Kollegen ist Pflicht. Verbände- und Parteimitgliedsbücher legitimieren. Der Aktionsausschuss.

Das Ueberarbeitsabkommen für den rheinisch-westfälischen Bergbau ist bisher auf 300 Schachtanlagen durchgeführt. An der Ueberarbeit beteiligten sich 70 Proz. der Gesamtbelegschaft.

Generalarbtag der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Freitag nachm. 9. Uhr in den Sophienböden, Sophienstr. 17/18: Kellner-Versammlung. „Wie stellen wir uns zum Schlemmergesetz?“ Die diese Frage von einschneidender Bedeutung für das Bekleidungspersonal ist, werden alle Kollegen ersucht, im eigenen Interesse zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Wirtschaft

Vor Agrarzöllen in der Tschechoslowakei. Unser deutsch-schweizerisches Parteiorgan teilt mit, daß in dem Fünferausschuss der tschechischen Koalitionsparteien die Parlamentarier übereingekommen sind, auf das Kilogramm Getreide einen Zoll von 75 Heller zu erheben. Dadurch wird der Preis aller Weizenprodukte um die Hälfte erhöht werden. Während die Tschechoslowakei also ohnehin infolge ihrer hohen Valuta unter einer schweren Arbeitslosigkeit leidet, droht jetzt noch anstatt des erwarteten Preisabbaues eine enorme Verteuerung der Lebenshaltung. Schwer verständlich ist dabei die Stellungnahme der tschechischen Nationalsozialisten und der tschechischen Sozialdemokraten, die die schweren Gefahren der Getreidezölle nicht sehen und sie daher offenbar für die Bewilligung der Sozialversicherung durch die Bürgerlichen in Kauf nehmen wollen.

Eine deutsch-italienische Handelskammer ist in Frankfurt am Main gegründet worden. Ihr Bureau befindet sich im Rathaus Offenbach.

Die indirekten Steuern Sowjetrusslands. Die Eingänge an indirekten Steuern in Sowjetrussland betragen im August infolge des Ausbaues des Steuerwesens und der Ueberhebung des Handels 820 Mill. Rubel, Muster 1922, während in den sieben vorhergegangenen Monaten dieses Jahres insgesamt 854 Millionen eingegangen waren.

Revanstisch für den rebolt. Teils: Meise Schiff, Berlin; für Anzeigen: Dr. Meise, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Postamt: Postamt 11, Berlin, Lindenstr. 5.

Briefkasten des künstl. Höhen-Sonnenbades „Altis“.

An dieser Stelle werden Anfragen beantwortet, die durch ihre Kürzlichkeit allgemeines Interesse verdienen lassen.

Entsetzungsfuß, von dem soeben an einer Operation verstorbenen berühmten Arzt Professor Bergonié erfunden. Die natürlichste und unschädlichste Entsetzungsmethode mittels elektr. Ströme. Abnahme nach Art des Fetttanzen bis zu 40 Pfund monatlich. Täglich eine Sitzung von 50 Minuten. Auch einzelne Körperteile können entsetzt werden. Besichtigung und Probestellungen gern gestattet. Es ist ratsam, sich bald vormerken zu lassen, da im Winter die Stühle oft auf Monate besetzt sind.

Gicht, Rheumatismus, Jochias, Neuralgie (Nervenschmerzen). Die bei diesen Erkrankungen ziemlich gleichartigen, oft unerträglichen Schmerzen werden durch Diathermie meistens überall schnell beseitigt. Kürzlich wurde ein Herr in drei

Sitzungen von einer Jochias befreit, die er zwei Jahre vergebens bei Autoritäten behandeln ließ. Manchmal braucht man auch zehn und fünfzehn Sitzungen.

Entzündungen des Unterleibs, der Gallenblase, des Milzleibes werden außerordentlich günstig durch die Solgar-Lampe beeinflusst. Der Schmerz läßt meistens schon nach der ersten Bestrahlung nach und die Entzündung wird bald beseitigt.

Herzbehandlung nach Professor Rumpf (Oscillation) wurde mit großem Erfolg durch Dr. Sch. früher Berlin (Prager Platz), jetzt Byrnonn, ausgeführt. Seit 1/2 Jahren auch im Höhen-Sonnenbad Altis hervorragende Erfolge, besonders bei Herzmuskelchwäche, Herzneurose und Herzklappenfehler.

Nähma. Schon bei der ersten Diathermie-Sitzung wird das Atmen vertieft. Zur Hebung des Allgemeinbefindens meistens noch Höhen-Sonnenbestrahlung dazu.

Tuberkulose. Auch die natürliche Sonne heilt oft Tuberkulose, indem sie den Allgemeinzustand be-

und die Abwehrkörper im Blut vermehrt und kräftigt, die dann den Kampf mit den Bazillen erfolgreich aufnehmen. Aber die natürliche Sonne ist leider nicht immer zu haben (besonders in diesem Jahr); außerdem soll die Bestrahlung auf den ganzen nackten Körper angeleitet werden, was im Freien selten möglich ist. Drittens läßt sich bei der künstlichen Höhen-Sonne die Bestrahlung viel leichter dosieren, was unter Umständen von großer Wichtigkeit ist. Nötigenfalls müssen noch andere Mittel angewendet werden, Diathermie, Röntgen, Pneumothorax usw. Wer tuberkulös oder durch erbliche Vererbung gefährdet ist, sollte stets unter ärztlicher Beobachtung stehen und sich von Zeit zu Zeit gründlich untersuchen, evtl. durchleuchten lassen. Aber zum Trost: Die Tuberkulose ist heilbar, nur zur rechten Zeit die rechten Mittel anzuwenden.

Wundgeschwüre heilen wie alle Wunden schnell durch künstl. Höhen-Sonne. Es ist jedoch eine besondere Methode der Bestrahlung anzuwenden.

Haarausfall. Lassen Sie ruhig die Mittel der Javen, Ihr Heilur aufgebäng hat, beifette

Der Mann mag im guten Glauben gehandelt haben, aber die Mittel sind schwindel. Die künstliche Höhen-Sonne ist heute das Mittel der Wahl und hilft Ihnen sicher.

Ueberverfaltung. Durch Bestrahlung mit künstl. Höhen-Sonne und Diathermie wird der zu hohe Blutdruck herabgesetzt und dadurch die Gefahr des Schlaganfalls vermieden.

Untersuchungen, Röntgendurchleuchtungen und Ohnosen werden nur vom Arzte in der Anstalt selbst ausgeführt. Herzliche Sprechstunden von 11-1 und 5 1/2-7 Uhr. (Außer Sonntagen nachmittag und Sonntag.)

Höhen-Sonnenkuren können zum allgemeinen Wohlbefinden und bei leichten Erkrankungen auch ohne ärztl. Anordnungen in der Anstalt ausgeführt werden.

Jergänger. Es gibt immer noch Leute, die das Höhen-Sonnenbad Altis eine Stunde lang suchen und die ganze Welle „Alliance“ Straße ablaufen. Genau beachten: Welle „Alliance“ Platz 6a. F. Kort.

Korumbel
1. Gärten, Balkone, Wohnz. mod. u. dauerhafter Aust. Korumbel.
Dr. Auswahl Besicht erbet
Herrn Keeser
Korumbel
Berl., Str. 89
Korumbel (Herrn Loh.)

Perser-Teppiche Klaviere, Flügel
höchste Zegege, 1000
Herrn, Pallast, 5, Kurf. 1014

STINDEN
durch Ing. Carl Fr. Reichel,
Berlin, Lindenstr. 116.

Zahngelbte
Gold-, Silber-, Platin-
Invalide, Gegenstände genau denselben Wert
kauft und zahlt höchst Tagepreise
Barthele Edelmetallverwertung
Invalidenstr. 2, v. l. rechts, kein Laden
Eingang Elisabethkirchstraße

Thunfisch-Hilf
Zur Ausheilung krankhafter Stoffe aus Blut u. Giften, bei offenen Wunden u. gegen Hauterkrankungen ist **Thunfisch-Hilf** ein bewährtes Mittel. Preis 15.00, 10 Dosen 62.50
Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.

Zähne von 40
Hempel
Spez. Zähne ohne Gummipolier
Linienstr. 220, nahe Ebnth.
Tel. 9-7, Sonntag 10-12

Seit 70 Jahren
ist San-R. Haussalbe bei Haut-Dr. Strahl, Flechten, Bein- und Krampfadern, Geschwüren, Frostschäden, Hämorrhoiden ein bestbewährtes und schnellheilendes Mittel. Original-Dose 57.- und 105.- M.

Elefant-Apotheke
Berlin SW 213, Leipziger Str. 74, Dönhöfpl.

Krause Pianos
zur **Miete**
Ansbacher Str. 1,
Ecke Hohenstraße

Quecksilber
kauft höchstzahlend
Heinrich Trapp, Beuthstr. 10
(Laden nahe Spittelmarkt)

Zähne von 40
Hempel
Spez. Zähne ohne Gummipolier
Linienstr. 220, nahe Ebnth.
Tel. 9-7, Sonntag 10-12